

[C – 2000/00834]

**4 JULI 2000. — Ministeriële omzendbrief PZ 4 betreffende de aansprakelijkheidsregeling naar aanleiding van de geïntegreerde werking in de politiezones. — Duitse vertaling**

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de omzendbrief PZ 4 van de Minister van Binnenlandse Zaken van 4 juli 2000 betreffende de aansprakelijkheidsregeling naar aanleiding van de geïntegreerde werking in de politiezones (*Belgisch Staatsblad* van 25 juli 2000), opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling van het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmedy.

[C – 2000/00834]

**4 JUILLET 2000. — Circulaire ministérielle ZP 4 traitant de la réglementation en matière de responsabilité dans le cadre du fonctionnement intégré des zones de police. — Traduction allemande**

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la circulaire ZP 4 du Ministre de l'Intérieur du 4 juillet 2000 traitant de la réglementation en matière de responsabilité dans le cadre du fonctionnement intégré des zones de police (*Moniteur belge* du 25 juillet 2000), établie par le Service central de traduction allemande du Commissariat d'Arrondissement adjoint à Malmedy.

[C – 2000/00834]

**4. JULI 2000 — Ministerielles Rundschreiben PZ 4 über die Haftungsregelung im Rahmen der integrierten Arbeitsweise in den Polizeizonen — Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Rundschreibens PZ 4 des Ministers des Innern vom 4. Juli 2000 über die Haftungsregelung im Rahmen der integrierten Arbeitsweise in den Polizeizonen, erstellt von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen des Beigeordneten Bezirkskommissariats in Malmedy.

**MINISTERIUM DES INNERN**

**4. JULI 2000 - Ministerielles Rundschreiben PZ 4 über die Haftungsregelung im Rahmen der integrierten Arbeitsweise in den Polizeizonen**

An die Frau Provinzgouverneurin und die Herren Provinzgouverneure

Zur Information :

An die Mitglieder des provinzialen Unterstützungsteams,

An die Frauen und Herren Bezirkskommissare,

An die Frauen und Herren Bürgermeister,

Sehr geehrte Frau Gouverneurin,

Sehr geehrter Herr Gouverneur,

gemäß den im Ministeriellen Rundschreiben PZ 1 vom 10. April 2000 dargelegten Richtlinien haben die Polizeizonen unter der Leitung des Direktionsrats eine Vereinbarung getroffen, damit die integrierte Arbeitsweise der bestehenden Polizeidienste schneller zustande kommt. Es werden insbesondere bestimmte konkrete Schritte unternommen, um in sehr kurzer Zeit zeitweilige (z.B. gemeinsame Streifenrunden) oder permanente (z.B. Einbeziehung der Gendarmen in die Revierarbeit, gemeinsame Herausnahme und Vorführung von festgenommenen Personen) Projekte zu erstellen, bei denen das Personal der Gendarmerie oder der Gemeindepolizei gemäß Artikel 8 des Gesetzes über das Polizeiamt Mitgliedern eines anderen Polizeidienstes unterstellt wird.

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage nach der Haftungsregelung bei Schäden, die im Rahmen solcher Projekte verursacht werden.

Nach Verhandlungen zwischen den zuständigen Abteilungen der föderalen Behörde - die für die Versicherung der Gendarmerie bürgt - und der Gesellschaft, die die meisten Gemeindepolizeikorps versichert (1) können folgende Richtlinien erteilt werden:

**Versicherung von Motorfahrzeugen**

Beide Parteien sind der Meinung, daß die Benutzung eines Fahrzeugs durch einen Beamten eines anderen Korps keinen zusätzlichen Risikofaktor darstellt. Wenn ein Fahrzeug, das dem Staat oder der Gemeinde gehört, von einem Mitglied eines anderen Korps benutzt wird, müssen also keine besonderen Maßnahmen getroffen werden; der Besitzer des betreffenden Fahrzeugs bleibt nach der derzeitigen Regelung versichert. Es muß jedoch natürlich darauf geachtet werden, daß der Führer des Fahrzeugs den erforderlichen Führerschein besitzt.

**Arbeitsunfälle**

Bei einem Arbeitsunfall bleibt jeder Polizeibeamte vollständig der Regelung unterworfen, die zur Zeit auf ihn Anwendung findet. Wer Opfer eines Arbeitsunfalls wird, muß sich also zuerst an seine (eigene) Versicherungsgesellschaft wenden. Für alle Schäden, die nicht von dieser Versicherungsgesellschaft gedeckt werden (wie etwa moralischer Schaden, Verlust von außerordentlichen Leistungen nachts oder am Wochenende...), kann das Opfer eine Zivilklage gegen die haftbare Drittperson beziehungsweise ihren Auftraggeber einreichen. Die integrierte Arbeitsweise schließt nicht aus, daß die Gendarmen und die Gemeindepolizeibeamten, die auf diese Weise zusammenarbeiten, gegenseitig noch immer als Drittpersonen gelten; die "zivilen Immunitäten" (Gesetz über die Arbeitsunfälle), die jede Zivilklage gegen den Arbeitgeber oder die Kollegen (2) verhindern, kommen in diesem Fall also nicht zur Anwendung. Die integrierte Arbeitsweise tut den individuellen Rechten der Betroffenen also keineswegs Abbruch.

### Individuelle Haftung des betroffenen Polizeibeamten

Die integrierte Arbeitsweise ändert nichts an der disziplinarrechtlichen, strafrechtlichen und individuellen zivilrechtlichen Haftung eines Polizeibeamten, der in einen Vorfall verwickelt ist.

Die Rechtsvorschriften in bezug auf die zivilrechtliche Haftung eines Polizeibeamten sind in Kapitel V des Gesetzes über das Polizeiamt enthalten.

Die Polizeibeamten, die bei der Ausübung ihrer Aufgaben dem Staat, der Gemeinde oder Drittpersonen einen Schaden zufügen, müssen diesen nur ersetzen, wenn es sich um einen vorsätzlichen Fehler, einen schweren Fehler oder einen leichten Fehler, der bei ihnen zur Gewohnheit geworden ist, handelt (... ) (Artikel 48 des Gesetzes über das Polizeiamt).

Wenn der Polizeibeamte in einen Vorfall im Rahmen der integrierten Arbeitsweise verwickelt ist, werden bei der Qualifizierung des Fehlers, den er eventuell begangen hat, die konkreten Umstände berücksichtigt, unter denen der Vorfall sich ereignet hat. Also muß gegebenenfalls die Tatsache berücksichtigt werden, daß die Polizeibeamten eine andere Ausbildung erhalten haben, nicht dieselben Taktiken anwenden, nicht über die gleichen Waffen verfügen.

Für die Beurteilung und Qualifizierung begangener Fehler sind nach wie vor dieselben Behörden zuständig. Dies gilt ebenfalls für die Behörden, die befugt sind, Disziplinarmaßnahmen oder Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der internen Ordnung zu ergreifen.

Selbstverständlich muß je nachdem, inwieweit die betroffenen Polizeibeamten in ein anderes Korps integriert werden, Rücksprache mit den verschiedenen Behörden genommen werden.

### Haftung des "Arbeitgebers" des Polizeibeamten

Auch in diesem Fall bleiben die Artikel des Gesetzes über das Polizeiamt weiterhin anwendbar.

Der Staat ist für den Schaden, den Polizeibeamte der Gendarmerie (...) bei der Ausübung der Aufgaben verursachen, für die er sie eingesetzt hat, genauso haftbar, wie Auftraggeber für den Schaden haftbar sind, den ihre Auftragnehmer verursachen (...).

Die Gemeinde ist für den Schaden, den Polizeibeamte der Gemeindepolizei bei der Ausübung der Aufgaben verursachen, für die der Staat oder die Gemeinde sie eingesetzt hat, genauso haftbar, wie Auftraggeber für den Schaden haftbar sind, den ihre Auftragnehmer verursachen.

Die Gemeinde kann für den Schaden, den der Polizeibeamte der Gemeindepolizei bei den Aufträgen verursacht, mit denen der Staat ihn betraut hat, Regreß gegen den Staat nehmen (Artikel 47 des Gesetzes über das Polizeiamt).

Wenn ein Polizeibeamter im Rahmen der integrierten Arbeitsweise Schäden verursacht, gelten folgende Regeln zur Bestimmung der verantwortlichen Behörde:

a. Wenn der Schaden durch die Handlung eines Gemeindepolizeibeamten verursacht wird:

1. Der Gemeindepolizeibeamte handelt autonom oder auf Befehl eines anderen Mitglieds der Gemeindepolizei und begeht einen Fehler: Die Gemeinde ist die verantwortliche Behörde.

2. Der Gemeindepolizeibeamte ist gemäß Artikel 8 des Gesetzes über das Polizeiamt einem Gendarmen unterstellt:

— Wenn der Schaden durch eine fehlerhafte Ausführung des erteilten Befehls oder durch die Ausführung eines gesetzwidrigen Befehls verursacht wird, ist die Gemeinde die verantwortliche Behörde.

— Wenn der Schaden durch die (korrekte) Ausführung eines (von einem Gendarm erteilten) Befehls, der zwar rechtmäßig, jedoch falsch war, verursacht wird, ist der Staat die verantwortliche Behörde.

b. Wenn der Schaden durch die Handlung eines Gendarmen verursacht wird:

1. Der Gendarm handelt autonom oder auf Befehl eines anderen Gendarmen und begeht einen Fehler: Der Staat ist die verantwortliche Behörde.

2. Der Gendarm ist gemäß Artikel 8 des Gesetzes über das Polizeiamt einem Mitglied der Gemeindepolizei unterstellt:

— Wenn der Schaden durch eine fehlerhafte Ausführung eines korrekt erteilten Befehls oder durch die Ausführung eines gesetzwidrigen Befehls verursacht wird, ist der Staat die verantwortliche Behörde.

— Wenn der Schaden durch die (korrekte) Ausführung eines (von einem Mitglied der Gemeindepolizei erteilten) Befehls, der zwar rechtmäßig, jedoch falsch war, verursacht wird, ist die Gemeinde die verantwortliche Behörde.

Für die Versicherungsgesellschaft stellt die Tatsache, daß die Gemeinde für die Handlungen eines Gendarmen zur Verantwortung gezogen werden kann, ein erhöhtes Risiko dar. Die betreffenden Gemeinden sollten deshalb ihrer Haftpflichtversicherungsgesellschaft dieses erhöhte Risiko melden und bei der Angabe der Gehälter für die Prämienberechnung die Gehälter des bereits eingesetzten Gendarmeriepersonals mitteilen.

### Rechtlicher Beistand

Die derzeitigen Gesetzesbestimmungen kommen weiterhin in vollem Umfang zur Anwendung.

## Sachschäden

Die derzeitigen Gesetzesbestimmungen kommen weiterhin in vollem Umfang zur Anwendung.

Der Direktionsrat sollte aufgrund der obenerwähnten Grundprinzipien untersuchen, welche Maßnahmen eventuell im Rahmen der auf lokaler Ebene umzusetzenden Projekte ergriffen werden müssen und ob ein diesbezügliches Vereinbarungsprotokoll erstellt werden sollte. So können zum Beispiel Absprachen über die Zusammenstellung und die Verwaltung der Verwaltungsakte getroffen werden. Wenn effektiv ein Schadensfall eintritt, setzt der Direktionsrat den (die) betroffenen Bürgermeister sofort hiervon in Kenntnis.

Der Minister des Innern  
A. DUQUESNE

## Fußnoten

(1) Dies betrifft die SMAP; Gemeinden, die bei einer anderen Gesellschaft versichert sind, müssen selbst die notwendigen Schritte unternehmen, um nachzuprüfen, ob ihre Versicherungsgesellschaft dieselben Bedingungen gewährt.

(2) Außer im Fall von Absicht, Wege- oder Verkehrsunfall

[C - 2000/00884]

**18 OKTOBER 2000. — Omzendbrief ZPZ 8 — Politiehervorming — Richtlijnen inzake de gemeentebegroting en -boekhouding m.b.t. de politiehervorming**

Aan Mevr. en Heren Provinciegouverneurs  
Aan Mevr. de Gouverneur van het administratief arrondissement Brussel-Hoofdstad  
Aan de Dames en Heren Burgemeesters  
Ter informatie :  
Aan de Dames en Heren Arrondissementscommissarissen  
Aan de Heer Commandant van de Rijkswacht;  
Aan de Heer Commissaris-generaal van de Gerechtelijke Politie;  
Aan de Voorzitter van de Vaste Commissie van de Gemeentepolitie.  
Mevrouw, Mijnheer de Gouverneur  
Mevrouw, Mijnheer de Burgemeester

Het Octopusakkoord dat in de Senaat werd ondertekend op 24 mei 1998 betekende het begin van een diepgaande hervorming van het Belgische politiesysteem. Enkel een geïntegreerde politie, gestructureerd op 2 niveaus, bleek een oplossing te bieden voor de problemen van rechtshandhaving, handhaving van de openbare orde en voor de verschillende conflicten en spanningen tussen de verschillende politiediensten. Dit betekent dat er op lokaal vlak nog slechts één politie zal zijn, namelijk de lokale politie; op nationaal vlak komt er een federale politie.

In de ministeriële omzendbrief PZ1 van 10 april 2000 aangaande het opstarten van de lokale politie werd het volgende bepaald :

« Teneinde het opstarten van de lokale politie te versnellen, zal ik (de Minister van Binnenlandse Zaken) werken in drie fases, t.t.z. :

1° vanaf nu reeds starten met lokale pilootpolitiezones waarbij de plaatselijke politiediensten een lokale politie zullen vormen avant la lettre,

2° een gefaseerde planning vooropstellen voor wat betreft het effectief opstarten van de ééngemeentezones en hun omvorming naar lokale politiediensten, (concrete werking vanaf 01.01.2001),

3° tevens een aan de eigenheid van de meergemeentezones aangepaste en gefaseerde planning vooropstellen voor wat betreft het opstarten en hun omvorming naar lokale politiediensten. »

(PZ1, 10.04.2000)

Naar analogie met deze zienswijze, in overleg met de bevoegde gewestminister, worden volgende richtlijnen uitgevaardigd inzake het opstellen van de gemeentebegroting en het voeren van de gemeentebegroting m.b.t. de politiehervorming voor alle gemeenten in België :

De aandacht wordt er op gevestigd dat deze richtlijnen hoofdzakelijk betrekking hebben op de vorm en de presentatie van de begroting en de boekhouding.

[C - 2000/00884]

**18 OCTOBRE 2000. — Circulaire ZPZ 8 — Réforme de la police — Directives concernant le budget et la comptabilité communale relative à la réforme des polices**

A Madame et Messieurs les Gouverneurs de province  
A Madame le Gouverneur de l'arrondissement administratif de Bruxelles-capitale  
A Mesdames et Messieurs les Bourgmestres  
Pour information :  
A Mesdames et Messieurs les Commissaires d'arrondissement  
A Monsieur le Commandant de la Gendarmerie  
A Monsieur le Commissaire général de la Police Judiciaire  
Au Président de la Commission Permanente de la Police communale  
Madame, Monsieur le Gouverneur,  
Madame, Monsieur le Bourgmestre,

L'accord Octopus, signé au Sénat le 24 mai 1998, a entraîné une réforme profonde du système policier belge. Seule une police intégrée, structurée à deux niveaux, pouvait offrir une solution aux différents conflits et tensions entre les différents services policiers. Ceci implique qu'au niveau local, il n'existera qu'une seule police, à savoir la police locale et qu'au niveau national, il existera une police fédérale.

Dans la circulaire ministérielle ZP1 du 10 avril 2000 relative au démarrage de la police locale, il a été précisé ce qui suit :

« Afin de pouvoir accélérer la mise en oeuvre de la police locale, je (le Ministre de l'Intérieur) procéderai en trois phases, à savoir :

1° démarrer dès-à-présent avec des zones de police pilotes dans lesquelles les services de police locaux constitueront une police locale avant la lettre,

2° prévoir un planning échelonné en ce qui concerne la mise en place effective des zones unicomunales et leur transformation en services de police locaux (fonctionnement concret à partir du 01.01.2001),

3° prévoir également un planning échelonné, adapté au caractère propre des zones pluricomunales en ce qui concerne leur mise en oeuvre et leur transformation en services de police locaux. »

(PZ1, 10.04.2000)

Conformément à cette approche et en concertation avec les ministres régionaux compétents, les directives suivantes sont édictées en matière de comptabilité communale relative à la réforme des polices pour toutes les communes belges :

L'attention est attirée sur le fait que ces directives se rapportent principalement à la forme et à la présentation du budget et de la comptabilité.